

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 21. April 1967

Blatt 1068

Das Memorandum an die Regierung:

Wien kann nicht alles allein machen!

=====

In anderen Hauptstädten zahlt der Staat ganz oder teilweise den

U-Bahn-Bau

21. April (RK) Österreich ist ein Bundesstaat. Der Bundesstaat besteht aus dem Bund und neun Bundesländern, darunter die Bundeshauptstadt Wien. Die Beziehungen zwischen Bund und Bundesländern werden durch verschiedene Gesetze geregelt. Es gibt Aufgaben, die Bundeskompetenz darstellen, und Aufgaben, die in die Landeskompetenz fallen. Viele Aufgaben können aber nur in verständnisvollem Zusammenwirken von Bund und Land gelöst werden. Das Wiener Memorandum an die Österreichische Bundesregierung beschäftigt sich durchwegs mit offenen Problemen und Fragen, die Wien nur mit Bundeshilfe bewältigen kann. Wien kann - so wie auch die anderen Bundesländer - nicht alles allein machen. Die besondere Stellung Wiens als österreichische Bundeshauptstadt bringt außerdem eine Fülle von besonderen Verpflichtungen, die wieder nur in Zusammenarbeit mit der österreichischen Bundesregierung zu erfüllen sind.

Ein weiterer wichtiger Punkt des Memorandums der Stadt Wien an die Bundesregierung, die dem Bundeskanzler am 11. April bei seinem Besuch im Wiener Rathaus überreicht wurde, ist der öffentliche Massenverkehr. Wer zum Beispiel im Bundesland Niederösterreich von St. Pölten nach Amstetten fährt, wird die Bundesbahn benutzen; wer in Wien von Stammersdorf nach Mauer gelangen will, dem steht ein städtisches Verkehrsmittel zur Verfügung, von dem der Bund auch noch Beförderungssteuer einhebt. In allen anderen Bundesländern außer in Wien wird also der öffentliche Massenverkehr so gut wie ausschließlich durch den Bund bewältigt, sei es durch die Eisenbahn oder durch den Autobus. Die einzige Bundesbeteiligung

./.

am öffentlichen Massenverkehr innerhalb von Wien besteht in der seit 1962 ausgebauten Schnellbahnlinie Floridsdorf-Meidling.

Nun sind bekanntlich Verkehrsunternehmen fast überall in der Welt defizitär. Dieses Defizit wird den anderen Bundesländern durch den Bund abgenommen, nicht aber dem Bundesland Wien. Auch der Ausbau der Schnellbahn wurde nur durch die Vorfinanzierung der Stadtverwaltung möglich.

Seit der Betriebsaufnahme der Schnellbahn wartet man in Wien auf den Ausbau von drei Stationen, Matzleinsdorfer Platz, Brünner Straße und Rennweg, der 160 Millionen Schilling kostet. Die Stadt Wien hat sich neuerlich zur Vorfinanzierung bereit erklärt, doch ist bisher keine offizielle Antwort eingelangt. Von seiten der Bundesbahn argumentierte man, der weitere Ausbau der Schnellbahn wäre allein von der Stadt Wien finanziell zu bestreiten, weil dieser Ausbau nur im Interesse der Wiener Bevölkerung liege. Wollte man diese Argumentation auch für die anderen Bundesländer gelten lassen, so hieße dies, daß die Bundesbahnen zwar für die Westbahnstrecke aufkommen würde, der Bau der Bahnhöfe oder Haltestellen entlang der Strecke aber jeweils von der betreffenden Stadt oder Gemeinde zu finanzieren wäre.

Für den Bau einer U-Bahn gibt es in Wien oder in Österreich keine Vergleichsmöglichkeiten, wohl aber in der übrigen Welt. In der westlichen wie in der östlichen Welt gleichermaßen wird der städtische Massenverkehr durch den Staat selbst unterstützt und gefördert. Die Kosten eines U-Bahn-Baues werden ganz oder teilweise vom Staat übernommen. Die gesamten finanziellen Lasten werden zum Beispiel in Berlin, in Brüssel, Madrid und Rom vom Staat getragen, in Stockholm zu 95 Prozent und in Paris zu 50 Prozent. Aber nicht nur für die Hauptstadt, sondern auch für andere Großstädte trägt der Staat finanziell zum U-Bahn-Bau bei. Das gilt für Barcelona, für Mailand, für München und für Frankfurt am Main. Der Deutsche Bundestag zum Beispiel hat festgestellt, daß die Lösung der Verkehrsprobleme in den Städten nur als eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden betrachtet und die Lasten des öffentlichen Nahverkehrs nicht mehr von den Gemeinden allein getragen werden können. In den USA gibt es seit 1964 ein städtisches Massenbeförderungsgesetz, das die Bundeshilfe für die Verbesserung der städtischen Massenbeförderung vorsieht.

U-Bahn-Steuer - aber wie?

Auch wenn, oder gerade weil die Größenordnung der Stadt Wien in Österreich einmalig ist, kann also eine finanzielle Beteiligung des Bundes am U-Bahn-Bau in Wien wohl mit Recht erwartet werden. In Wien hat man sich natürlich den Kopf darüber zerbrochen, welche Finanzierungsmöglichkeiten für den U-Bahn-Bau bestehen. Das ungefähr 50 Kilometer lange Grundnetz, wie es im Konzept dem Wiener Gemeinderat vorgelegt wurde, würde eine jährliche "Pro-Kopf-Belastung" der Wiener Bevölkerung von 700 Schilling bedeuten. Zur Debatte stand eine "Zählerabgabe", die alle Stromabnehmer und damit auch alle Wiener gleichmäßig belastet hätte, doch stellte sich heraus, daß diese Abgabe praktisch nur schwer durchführbar wäre, weil keine Differenzierungsmöglichkeit besteht. Gewisse rechtliche Schwierigkeiten ergäben sich auch bei einer Unternehmerabgabe, die nach der Zahl der Arbeitnehmer eines Betriebes gestaffelt wäre. Ferner stand eine Erhöhung der Getränkesteuer für alkoholische Getränke zur Diskussion. In jüngster Zeit hat man sich auch - analog dem Fernsehschilling - mit der Möglichkeit einer Telefonabgabe beschäftigt. Aber alle diese Überlegungen müssen so lange theoretisch bleiben, bis feststeht, in welchem Ausmaß der Bund bereit ist, den Bau der Wiener U-Bahn mitzufinanzieren.

- - -

Kartoffelkäfergefahr für Wien

=====

21. April (RK) Durch die überaus starke Verbreitung des Kartoffelkäfers besteht die Gefahr der Vernichtung der für die Ernährung der Bevölkerung überaus wichtigen Kartoffeln. Um die kartoffelbautreibenden Landwirte und Gärtner vor einer möglichen Katastrophe und einem Totalverlust der Ernte zu bewahren, ist es dringend erforderlich, besonders wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung des Kartoffelkäfers zu treffen.

Der Wiener Magistrat hat daher in einer Kundmachung im Am. blatt "Stadt Wien" vom 22. April allgemein angeordnet, daß im gesamten Stadtgebiet die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Grundstücken, die mit Kartoffel bestellt sind, verpflichtet sind, auf ihre Kosten diese Grundstücke in der Zeit vom 16. Mai bis 30. Juni

./.

beziehungsweise ein zweites Mal bei Wiederauftreten des Kartoffelkäfers in der Zeit vom 1. Juli bis 15. September mit einem von der Bundesanstalt für Pflanzenschutz zur Kartoffelkäferbekämpfung anerkannten Bekämpfungsmittel zu bespritzen.

Fachliche Auskünfte werden von der Magistratsabteilung 42 - Stadtgartenamt, amtlicher Pflanzenschutzdienst, Wien 3, Am Heumarkt 2 b, Telefon 72-21-71, erteilt.

- - -

Kliebergasse ab Montag wieder befahrbar
=====

Dafür neue Umleitungen für Umbau der Laxenburger Straße

21. April (RK) Am Montag, dem 24. April, um 10 Uhr, wird die Kliebergasse vom Margaretengürtel bis zur Wiedner Hauptstraße für den **stadteinwärts Verkehr freigegeben.**

Im besonderen wird auf folgende Verkehrsregelung im Bereich der Kliebergasse hingewiesen:

Die Kliebergasse wird im Bereich zwischen Gassergasse und Wiedner Hauptstraße zur Einbahn in Richtung Stadt erklärt. Die Einbahnregelung der Hauslabgasse und Gassergasse bleibt wie bisher aufrecht, jedoch besteht zusätzlich die Möglichkeit, von der Gassergasse kommend links in die Kliebergasse einzubiegen und über die Landgutgasse in den 10. Bezirk zu gelangen.

Weiters besteht auch ab Montag für den am Margaretengürtel einbahnig in Richtung zum Südbahnhof geführten Verkehr die Möglichkeit, zum 10. Bezirk bei der Kreuzung mit der Kliebergasse rechts abzubiegen.

Für den vom 10. Bezirk durch die Landgutgasse kommenden Verkehr besteht auf der Kreuzung Kliebergasse - Gassergasse die Möglichkeit nach links in die Gassergasse abzubiegen, sowie bei der Kreuzung mit der Hauslabgasse nach rechts auf die Umleitungsstrecke für die Wiedner Hauptstraße zu gelangen. Um den Kraftfahrern die Anpassung an die neue Verkehrssituation zu erleichtern, werden Verkehrszeichen und Hinweistafeln aufgestellt. An den Kreuzungen Gürtel - Kliebergasse und Kliebergasse -

./.

Gassergasse erfolgt die Verkehrsregelung durch provisorische Verkehrslichtsignalanlagen.

Ebenfalls am Montag wird die Laxenburger Straße im Abschnitt Gudrunstraße bis Buchengasse wegen Umbauarbeiten gesperrt. Die Umleitung stadtauswärts erfolgt über Dampf-gasse- Leehgasse und Rotenhofgasse, stadteinwärts über Troststraße - Favoritenstraße. Außer der Favoritenstraße ist durch die Freigabe des Straßenzuges Landgutgasse - Kliebergasse - Zentagasse auch diese Möglichkeit für die Fahrt zur Stadt offen.

Für den aus der Triester Straße kommenden Umleitungsverkehr wird auf die günstige Führung des Verkehrs über Neilreichgasse beziehungsweise Herzgasse - Landgutgasse - Kliebergasse - Zentagasse aufmerksam gemacht.

- - -

Aus dem Frühjahrsprogramm des Konservatoriums
 =====

21. April (RK) Die nächsten Veranstaltungen des Konservatoriums der Stadt Wien finden zu folgenden Terminen und an folgenden Orten statt.

Freitag, 21. April: Konzertsaal, 19 Uhr, Klavierabend der Klasse Prof. Gertraud Kubacsek

Montag, 24. April: Konzertsaal, 19 Uhr, Jahreskonzert der Musikschule Jedlesee

Dienstag, 25. April: Vortragssaal, 18 Uhr, Übungsabend der Violinklasse Prof. Alice Brückner

Mittwoch, 26. April: Konzertsaal, 19 Uhr, Jahreskonzert der Musikschule Landstraße

Freitag, 28. April: Konzertsaal, 19 Uhr, Jahreskonzert der Musikschule Meidling

Sonntag, 30. April: Stadttheater Berndorf, "Fra Diavolo", Wiederholung mit anderer Besetzung

Mittwoch, 3. Mai: Konzertsaal, 19 Uhr, Jahreskonzert der Musikschule Favoriten

Freitag, 5. Mai: Stadttheater St. Pölten, "Fra Diavolo", Wiederholung mit anderer Besetzung

Montag, 8. Mai: Konzertsaal, 19 Uhr, Jahreskonzert der Musikschule Leopoldstadt

Dienstag, 9. Mai: Palais Pálffy, Wien 1, Josefsplatz 6,
18.30 Uhr "Premiere der Jugend".

Dienstag, 9. Mai: Schwechat, Körnerhalle, "Fra Diavolo",
Wiederholung mit anderer Besetzung.

Die übrigen für Mai angesetzten Veranstaltungen werden
rechtzeitig bekanntgegeben.

- - -

Österreichische Elternvereine beraten neues Schulgesetz
=====

21. April (RK) Morgen, Samstag, den 22. April, tritt in Wien die Vollversammlung des Österreichischen Verbandes der Elternvereine an den öffentlichen Pflichtschulen zusammen. Dem Verband gehören mehr als tausend Elternvereine aus fast allen österreichischen Bundesländern an. Er bildet die Vertretung der Elterninteressen in der vielfältigen Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule und ist auch Mitglied des Elternbeirates beim Bundesministerium für Unterricht.

Eines der beiden Hauptreferate der Tagung wird der Wiener Landesschulinspektor Dr. Hermann Schnell halten. Der zweite Vortragende ist Sektionsrat Dr. Walter Kinscher vom Unterrichtsministerium. Die Tagung wird sich in erster Linie mit dem vom Bundesministerium für Unterricht ausgesandten Entwurf eines neuen Schulunterrichtsgesetzes befassen. Die Vollversammlung beginnt um neun Uhr und findet im Werbezentrum der Zentralsparkasse in der Kirchengasse statt.

- - -

Kammersänger Christ am Konservatorium der Stadt Wien
=====

21. April (RK) Kammersänger Rudolf Christ hat eine Gesangs-klasse am Konservatorium der Stadt Wien übernommen und hat seine Tätigkeit bereits aufgenommen. Vormerkungen für das neue Schuljahr werden im Sekretariat des Konservatoriums der Stadt Wien entgegengenommen.

- - -

Amtlicher Wohnungstausch-Anzeiger
=====

21. April (RK) Soeben ist eine neue Nummer des Amtlichen Wohnungstausch-Anzeigers erschienen, die - 32 Seiten stark - Wohnungstauschangebote aus sämtlichen Wiener Bezirken enthält. In Spezialrubriken werden ferner Tauschangebote von Hauswartwohnungen und Angebote aus den Bundesländern verzeichnet.

Der Wohnungstausch-Anzeiger ist um 1.50 Schilling in den Wiener Trafiken und im Tauschreferat, 1, Rathausstraße 2, erhältlich. Eine Einschaltung für die nächste Nummer, die am 1. Juni erscheint, kann bis spätestens 18. Mai im Tauschreferat vorgenommen werden.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

21. April (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Weißkraut 2 S, Blätterspinat 6 bis 8 S je Kilogramm, Hauptelsalat 2 bis 2.50 S je Stück.

Obst: Äpfel 5 bis 7 S, Birnen 6 bis 7 S, Orangen 6 bis 8 S je Kilogramm.

- - -

Neuer Vizedirektor der Verkehrsbetriebe
=====

21. April (RK) Dem Wiener Stadtsenat wird kommenden Montag, den 24. April, ein Antrag auf Ernennung des derzeitigen Leiters der Betriebs- und Verkehrsgruppe der Wiener Verkehrsbetriebe, Senatsrat Dipl.-Ing. Friedrich Pins, zum Technischen Vizedirektor vorliegen.

Mit dem Tode des Technischen Direktors der Verkehrsbetriebe, Dipl.-Ing. Görg, wurde die Frage aktuell, ob für die Verkehrsbetriebe wieder zwei Direktoren verantwortlich sein sollten. In Besprechungen zwischen Personalreferent Stadtrat Bock und Stadtwerte-Stadträtin Dr. Maria Schaumayer wurde vereinbart, den Kaufmännischen Direktor der Verkehrsbetriebe, Dr. Carl Mauric, als alleinigen Direktor zu belassen und neben dem bisherigen Vizedirektor, Dipl. Ing. Dr. Erich Körber, einen weiteren Vizedirektor, Dipl.-Ing. Pins, zu ernennen.

- - -